

Alle Register ziehen für Bayerns Energiesicherheit

Bayern erlebt zur Zeit die schwerste Energiekrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Auswirkungen zeigen, wie gefährlich die Abhängigkeit des Freistaats von russischen Energieimporten ist. Russland setzt Gaslieferungen als Waffe gegen die Unterstützer der Ukraine ein. In der Folge erreichten die Preise an den Strom- und Gasmärkten bisher unvorstellbare Höhen.

Diese Preise bekommen Industrie und Haushalte zu spüren, was nicht nur für den Wirtschaftsstandort Bayern, sondern auch besonders für Geringverdiener und die Mittelschicht in unserem Land eine enorme Belastung darstellt. Zur finanziellen Abfederung dieser Krise schnürte die Bundesregierung bereits drei Entlastungspakete, die spürbar bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen: Neben den Direktzahlungen an bedürftige Bevölkerungsgruppen und dem Abbau der kalten Progression für Arbeitnehmer und Selbstständige, wird im aktuellen Paket zum einen eine Strompreisbremse eingeführt, zum anderen werden die Netzentgelte bezuschusst - von beiden Maßnahmen profitieren Unternehmen und Industrie. Zudem werden bestehende Hilfsprogramme für Unternehmen verlängert. Bei allen Anstrengungen und Entlastungen der Politik, muss auch die Eigeninitiative der Bevölkerung zu Energieeinsparmaßnahmen betont werden. Sei es in Unternehmen, Behörden oder privaten Haushalten: Jede Kilowattstunde an Energie, die ab sofort eingespart wird, hilft uns über den Winter zu kommen.

Energiepolitisch befindet sich der Freistaat in einer prekären Lage: Der Grad der Abhängigkeit von russischem Gas ist durch eine verfehlte Energiepolitik der Staatsregierung noch höher als in anderen Ländern. Die Blockade und Verzögerung beim Ausbau von Netzen und Erneuerbaren Energien rächt sich. Für die Energiesicherheit Bayerns müssen nun alle Register gezogen werden.

1 . Jedes Kilowatt zählt - Kernkraftwerke länger am Netz lassen

Laut Atomgesetz müssen die drei noch laufenden Atomkraftwerke Emsland, Neckarwestheim 2 und Isar 2 spätestens nach Ende dieses Jahres abgeschaltet werden. Die geplante Stilllegung würde die aktuelle Energiekrise jedoch weiter verschlimmern. Neben einer verminderten Netzstabilität und höheren Stromkosten drohen vor allem in Süddeutschland Versorgungsengpässe. Hinzu kommen mehr CO₂-Emissionen für die Bundesrepublik, da der fehlende Strom von Gas- und Kohlekraftwerken aufgefangen werden muss.

Zudem kann die Politik in der aktuellen Krise nicht von den Bürgern fordern, kürzer zu duschen und im Winter die Heizung runterzudrehen, selber aber nicht alle Register ziehen, die die Energiekrise auch nur in kleinem Ausmaß vermindern könnte.

Schließlich gebietet auch die Solidarität mit unseren europäischen Nachbarn eine Laufzeitverlängerung in der aktuellen Lage. Die Geduld der europäischen Partner neigt sich angesichts der Debatte in Deutschland zur Laufzeitverlängerung langsam, aber sicher dem Ende zu. Schwedische Politiker der Grünen fordern bereits, die Stromlieferungen über die Trasse "Baltic Cable" nach Deutschland zu unterbrechen. In der schwersten Energiekrise Europas seit dem Zweiten Weltkrieg müssen alle europäischen Mitgliedsländer ihren Teil zur Energiesicherheit beitragen. Deutschland darf hierbei nicht aufgrund ideologischer Prinzipienreiterei mögliche Produktionskapazitäten ungenutzt lassen.

Daher müssen sowohl die drei noch laufenden Atommeiler als auch die drei bereits abgeschalteten Meiler Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C in den nächsten Jahren weiterbetrieben werden. Die technisch nicht ernsthaft umsetzbare Einsatzreserve, in die die beiden Kraftwerke Neckarwestheim 2 und Isar 2 laut Wirtschaftsminister Robert Habeck überführt werden sollen, reicht nicht für eine gesicherte Stromversorgung für diesen Winter und die anhaltende Energiekrise aus. Für eine längere Laufzeit über den Streckbetrieb hinaus bedarf es dabei natürlich neuer Brennstäbe aus dem Ausland, die schnellstmöglich am Markt besorgt werden sollen.

Daher fordern wir:

- **Aufgabe** der sog. **Sicherheitsreserve** und **Weiterbetrieb der aktuell laufenden Atomkraftwerke** Emsland, Neckarwestheim 2 und Isar 2 über einen Streckbetrieb im Frühjahr 2023 hinaus.
- Reaktivierung der **bereits abgeschalteten Atomkraftwerke** Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C, um die Auswirkungen der Energiekrise in den folgenden Jahren abfedern zu können.
- Initiierung einer **sofortigen Beschaffung neuer Brennstäbe** für die kommenden Jahre.

2. Deutsche Energiepotenziale heben - Heimische Gasförderung aktivieren

Durch den Bau der schwimmenden LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel hat es die Bundesregierung in Rekordzeit geschafft, die Abhängigkeit von russischem Gas, aber auch von den Terminals unserer europäischen Partner, massiv zu verringern.

Zusätzlich zum Import von ausländischem, teils gefracketem LNG-Gas muss auch heimisches Gas stärker gefördert werden. Auch in Bayern finden sich noch zum Teil große Erdgasvorkommen. Um diesen Ressourcenschatz zu heben, fehlt es der Staatsregierung aber an politischem Willen. So könnte man in Holzkirchen bei München mittels konventioneller Förderung rund 650 Millionen Kubikmeter Erdgas fördern. Genug, um die Landeshauptstadt ein Jahr lang zu versorgen. Jedoch fehlt der Staatsregierung der Mut, förderwillige Unternehmen politisch und auch vor Ort in den Gemeinden zu unterstützen. Dabei wäre jeder Kubikmeter heimisch gefördertes Gas eine Entlastung aus der Importabhängigkeit und ein Segen für die bayerische Wirtschaft.

Auf Bundes- und Landesebene sollte zudem die Möglichkeiten von Fracking geprüft werden.

Daher fordern wir:

- Eine stärkere **politische Unterstützung für die Gasförderung** im Freistaat. Staatsregierung und Wirtschaftsministerium müssen die heimische Gasförderung zusammen mit den Kommunen positiv begleiten.
- Prüfung der **möglichen Gasförderung mittels Fracking** in Deutschland - hierzu zählen Gefahrenabschätzung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Potential- und Effizienzanalysen sowie konkrete Umsetzungszeiträume zum Einsatz der Fracking-Methode.

3. Bayern endlich in die Energieunabhängigkeit führen - Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben

Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme sind Freiheitsenergien. Jedes PV-Modul auf einem Dach, jedes Windrad in der Fläche, jedes Wasserkraftwerk und jede Geothermieanlage reduziert die Abhängigkeit von ausländischen Energieimporten.

Bei den Erneuerbaren Energien versucht die Ampelregierung die Versäumnisse der Union auf Bundesebene innerhalb kürzester Zeit aufzuholen. Aber auch in Bayern sieht die Bilanz der Erneuerbaren Energien nicht gut aus. Gerade der Windkraftausbau leidet unter der Politik der CSU. Dieses Jahr gingen bisher gerade einmal vier neue Windenergieanlagen ans Netz. Die schlechte Bilanz bei den Erneuerbaren Energien ist einer der Hauptgründe, warum die Staatsregierung in der aktuellen Krise stets nur Forderungen nach Berlin schickt: Ihre eigenen Hausaufgaben zur sicheren Energieversorgung hat sie nämlich nicht erledigt.

Aktuell werden von den 18 Regionalen Planungsverbänden die Vorranggebiete für Windenergieanlagen festgelegt. Dabei muss ein ausschlaggebendes Kriterium sein, die Windhöffigkeit zu beachten. Geschieht das nicht, könnten Flächen für die Windkraft ausgewiesen sein, die sich nicht für größere Projekte eignen.

Die Geothermie ist der schlafende Riese der bayerischen Energiewende. Unser Freistaat hat deutschlandweit einzigartige Voraussetzungen für die Nutzung von Tiefengeothermie zur regionalen Wärme- und Stromversorgung. Um Gemeinden einen Anreiz für Probebohrungen zu geben, schlagen wir in geeigneten Regierungsbezirken die Vergabe von Tiefengeothermie-Bohrrechten vor. Im Falle einer erfolgreichen Bohrung erhalten die Kommunen oder Landkreise von den Betreibern reduzierte Anschluss- und Verbrauchsgebühren.

Auch bei der Wasserkraft ließe sich noch Potenzial heben. Zwar redet die Staatsregierung gerne davon, die Wasserkraft auszubauen und modernisieren zu wollen - bisher ist jedoch wenig geschehen. Gerade in der aktuellen Krise muss die Politik dafür sorgen, dass Betreiber ihre Anlagen mit effizienten Turbinen aufrüsten können.

Daher fordern wir:

- Die aktuelle Ausweisung von Vorranggebieten für die **Windenergie** in den Planungsregionen soll sich auch an der Windhöffigkeit der Region orientieren.
- Zudem muss die **10H-Regelung** vollständig abgeschafft werden. Ein Herumdoktern an ihr, wie es die Staatsregierung zur Zeit betreibt, ist unsachgemäß und wenig hilfreich. Die bundeseinheitlichen Regelungen des Immissionsschutz-, Bau- und Naturschutzrechts sind ausreichend, um Anwohnerinteressen, Naturschutz und den Windkraftausbau in Einklang zu bringen.
- Abstandsvorgaben und bürokratische Hindernisse für die **Photovoltaik** auf Bundesebene liberalisieren.
- Wir begrüßen die von der Bundesregierung beschlossene Novelle des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG), die eine Aussetzung der Begrenzung der vergütungsfähigen Strommenge im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Flexibilisierung des Güllebonus vorsieht. Für eine weitere Steigerung der **Biogaserzeugung** müssen jedoch weiterhin Hemmnisse im Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Weg geräumt werden.
- **Wasserstoff** wird zukünftig als Ersatz für Erdgas vor allem in der Industrie von entscheidender Bedeutung sein. Dabei darf Bayern nicht von deutschen Importen aus dem Norden abgeschnitten werden. Eine Anbindung an das deutsche H₂-Backbone muss zügig erfolgen.

Zudem muss die Staatsregierung sich für eine südliche H2-Pipeline entlang der bestehenden Transalpinen Ölleitung (TAL) zwischen Triest und Ingolstadt engagieren.

- Die Vergabe von **Tiefengeothermie**-Bohrrechten, verbunden mit reduzierten Anschluss- und Verbrauchsgebühren, können den Kommunen und Landkreisen einen Anreize für Probebohrungen setzen.

4. Bayern kann nicht energieautark werden – Beschleunigung des Netzausbaus

Bei der Energiewende wird der Netzausbau in der Öffentlichkeit oftmals vergessen. Dabei symbolisiert er den Flaschenhals, durch den der grüne Strom aus dem Norden zu uns nach Bayern fließen muss. Ursprünglich wollte der Übertragungsnetzbetreiber TenneT sowohl SuedLink als auch SuedOstLink bereits in diesem Jahr fertigstellen. Aktuell geht TenneT von einem Anschluss im Jahr 2028 (SuedLink) bzw. 2027 (SuedOstLink) aus. Durch Verzögerungstaktiken und Widerstände gegen die Stromtrassen auf kommunaler, aber auch auf Landesebene steht Bayern nun vor der Situation, nicht genügend eigenen grünen Strom zu erzeugen und gleichzeitig nicht mit Windstrom aus dem Nordosten Deutschland versorgt zu werden. An diesem Dilemma trägt die Staatsregierung einen erheblichen Anteil.

Aufgrund der fortschreitenden Elektrifizierung unserer Gesellschaft wird sich zukünftig die Auslastung der Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber massiv erhöhen. Teils müssen Verteilnetzbetreiber ihr Netz um 100 % ausbauen. Ein Ärgernis sind hierbei oft die bürokratischen Hürden und Hindernisse, die den Betreibern die rechtzeitige Fertigstellung ihrer Projekte erschweren. Eine Entschlackung der Bürokratie bedeutet eine Beschleunigung für den Netzausbau und einen schnelleren Anschluss an die Windparks im Nordosten Deutschlands.

Daher fordern wir:

- Erhöhte **Effizienz bei den angekündigten neuen Stellen** zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Vor allem eine schnelle Besetzung der Stellen und eine koordinierte Übergabe der Projekte müssen durch die Behörden sichergestellt werden.
- **Vorzeitigen Baubeginn beim Netzausbau** ermöglichen. Eine kürzere bzw. parallele Projektzeit hat vor allem für nachgelagerte Behörden eine entlastende Wirkung.
- **Schaffung von Koordinationsstellen für Schnittstellenthemen** zwischen verschiedenen Zuständigkeitsbereichen, die mit einer entsprechenden politischen Durchschlagskraft auf allen Verwaltungsebenen ausgestattet sind.